

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/3400

erste Lesung

Und:

**Finanzplanung 2011 bis 2015 mit Finanzbericht 2012 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 15/3401

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2012)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/3402

erste Lesung

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/3427

erste Lesung

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das war wirklich ein Missverständnis. – Ich will mich sofort an den verehrten Kollegen Weisbrich wenden. Herr Kollege Weisbrich, Ihr Abgang war wie ihr gesamter Wortbeitrag

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unterirdisch!)

misslungen und sehr unglücklich. Ich darf Ihnen allerdings zusichern, wir sind tatsächlich die Koalition der Einladung. Wenn Sie solche Kritik an der augenblicklichen Höhe der Spitzensteuersätze und an der Tatsache äußern, dass es keine Vermögenssteuer mehr gibt – nur so konnte man Sie verstehen –, kann ich nur herzlich dazu raten, mit uns gemeinsam mutig voranzuschreiten.

Wir können zusammen mit Ihnen hier im Landtag einen Antrag machen und ihn überörtlich adressieren. Wie anders könnte man Ihre nette freundliche Einlassung zur Steuerpolitik der Vergangenheit denn verstehen?

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Guter Beitrag!)

Lieber Kollege Weisbrich, der Finanzminister hat – ich denke, vollkommen zu Recht – schon auf die merkwürdige Rolle der CDU-Fraktion bei den Beratungen zur Restrukturierung der WestLB hingewiesen. Wer uns jetzt an der Stelle Vorhalte macht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und auch von der FDP, mag sich daran erinnern, unter welchem Vorbehalt Sie seinerzeit Ihre Zustimmung stellen wollten und was Sie damit beinahe angerichtet hätten. Sie müssen uns, bezogen auf die WestLB, in keiner Weise belehren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Ich glaube auch, dass Sie seitens der Opposition insgesamt mangels eigener finanzpolitischer Substanz so ein paar ideologische Freiübungen veranstaltet haben. Lassen Sie es mich am Beispiel der Schuldenbremse noch einmal auf den Punkt bringen. Wir haben mehrfach zu Recht auf das Instrument der Schuldenbremse hingewiesen. Ich bekenne, wenn auch nicht in Demut und Reue, sondern sehr nachdrücklich, dass ich mit diesem Instrument im Grundgesetz meine Probleme hatte. Nur: Was nutzt das, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das steht im Grundgesetz. Insoweit sind wir rechtstreu, und wir müssen uns an die Vorgaben des Verfassungsgesetzgebers in Berlin halten. Daher trifft der Vorwurf, wir hätten ein neues Spielzeug für NRW entdeckt, in keiner Weise zu.

Aber noch viel unhaltbarer, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch das, was CDU und FDP vorhaben: eine 1:1-Übernahme dessen, was im Grundgesetz steht, in die Landesverfassung. Sie waren offensichtlich alle bei der Anhörung hier im Plenarsaal nicht anwesend. Was haben denn alle, selbst die von der CDU bestellten Sachverständigen, gesagt? Das, was Sie vorhaben, ist Kokoloeres, Nullsummenspiel.

(Beifall von der SPD und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Das ist eine rein deklatorische Erklärung in Ermangelung eigener Fantasie, wie wir in Nordrhein-Westfalen Haushalts- und Finanzpolitik gestalten. Denn die Frage, der Sie sich in keiner Weise gewidmet haben, ist doch, wie wir einen Abbaupfad, der uns vom Grundgesetz vorgegeben ist, bis 2020 hinkriegen. Das, was Sie vorhaben, ist eine Vollbremsung an der zeitlichen Beschränkung, die wir im Jahre 2020 haben werden. Das ist eine unverantwortliche Politik und nicht im Sinne unseres Landes.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz und Steuereinnahmen: Sehr geehrter Herr Kollege Papke, wer glaubt, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und andere unsinnige Gesetze auf Bundesebene die Ursachen für bessere Steuereinnahmen im Augenblick sind, dem muss man die Sache mit dem Klapperstorch offensichtlich auch noch mal genau erklären.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus: Der nächste Irrglaube, der hier vermittelt worden ist, war, dass die aktuellen Steuersenkungspläne aus Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen – das haben wir in einer anderen Debatte nachgewiesen –, vor allen Dingen den Beziehern von kleinen und mittleren Einkommen nutzen. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Jeder, der Steuertabellen lesen kann, weiß, dass wir im Recht sind. Es geht um Lobbypolitik und vor allen Dingen darum, das von uns gemeinsam angestrebte Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, vor dem Hintergrund von einseitigen Lobbyinteressen zu unterlaufen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werfen uns nicht realisierte kw-Vermerke vor. Allein durch die Steuerpläne – die Zahl ist mehrfach genannt worden; aber es ist wert, noch einmal darüber zu reden – werden dem Landeshaushalt 400 bis 440 Millionen € und den Kommunen noch einmal 150 Millionen € entzogen. Das kann man in Stellen umrechnen. Um diesen Betrag einzusparen, müssten wir 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes infrage stellen. Das ist Ihre seriöse Finanzpolitik für Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Zimmermann, ich habe festgestellt, Sie haben fast ein erotisches Verhältnis zum Schuldenmachen. Es ist keine hohe Haushaltskunst und kein ...

– Nein, Herr Laschet, das wird mit eindringlicher Wiederholung nicht wahrer. Derjenige, der eben das Hohelied der Verschuldung gesungen hat, war Herr Zimmermann. Ich weise nur auf einen kleinen Irrtum hin: Die Spielräume werden durch mehr Schulden leider nicht größer, sondern enger. Das, worüber ich rede – davon hat auch Herr Weisbrich keine Ahnung – heißt „innere Dynamik des Haushalts“.

Die bricht man nicht, sondern erhöht sie dadurch, dass man die Zukunftsbelastungen durch Zins- und Tilgungszahlungen erhöht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Debatte wird vieles überschätzt,

aber eins mit Sicherheit nicht, nämlich die Steuereinnahmen unseres Landes, wie Sie unterstellen. Überschätzt wird vor allen Dingen, und zwar jeweils von Ihnen selber, die finanzpolitische Kompetenz der Oppositionsfraktionen.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus kommen wir jetzt zu dem Zusammenhang zwischen Länderfinanzausgleich und Steuereinnahmen. – Herr Weisbrich, ich mache mir ernsthaft Sorgen um Ihre Gesundheit.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ihr Kurzzeitgedächtnis muss problematisch sein, vielleicht wollen Sie es auch bewusst verdrängen.

Wir hatten eine sehr instruktive Finanzausschusssitzung; ich habe mir die Vorlage mit der einfachen Nummer 15/1000 herausgesucht. Dort haben wir uns über den Zusammenhang von Länderfinanzausgleich und Steuereinnahmen sowie der Leistungsfähigkeit der Länder in Relation zueinander unterhalten. Ich kann nur sagen – Sie haben sich eben über schulmeisterliches Verhalten beklagt, und ich will nicht, dass Sie in der Vorweihnachtszeit ein weiteres Trauma mit nach Hause nehmen –: Da haben Sie irgendetwas nicht richtig verstanden, Kollege Weisbrich. Denn eins ist absolut klar: So seriös, wie der gegenwärtige Finanzminister die Einnahmesituation und auch die Folgen für den Bund-Länder-Finanzausgleich einschätzt, hätte ich es in der Vergangenheit gerne gehabt.

Ich weise auf die Fortschreibung der Steuerentwicklung aus dem Jahr 2008 hin. Auch damals habe ich mich – gleiche Stelle, andere Rolle – darüber gewundert, wie man eine solche Kurve nach oben malen kann. Legen Sie einmal das, was sich Herr Linssen seinerzeit als Steuereinnahmeerwartung bis heute vorgestellt hat, neben die Erwartung des amtierenden Finanzministers und beantworten dann offen und ehrlich die Frage, wer sich bezogen auf die künftigen Steuereinnahmen zugunsten des Landes mehr verrechnet hat. Ich glaube, Norbert Walter-Borjans liegt auf der richtigen Spur. Das, was Herr Linssen fabuliert hat, hält einer Betrachtung bei Weitem nicht stand.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Körfges, verzeihen Sie die Unterbrechung. Herr Weisbrich auf dem Platz von Herrn Biesenbach würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Weisbrich, nichts lieber als das.

**Christian Weisbrich (CDU):** Kollege Körfges, wir können so viel über Zahlenspielerien diskutieren, wie wir wollen, da steht Meinung gegen Meinung. Aber sind Sie denn bereit, um eine Kiste Rotwein zu wetten, dass der Einsatz im Länderfinanzausgleich um mindestens 200 Millionen € verfehlt wird?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich wette gerne mit Ihnen. Wir können das mit der Kiste Rotwein sicherlich abmachen, das hat dann einen gewissen vorweihnachtlichen Charakter. Wenn man sich aber die Vergangenheit anschaut, zum Beispiel die Entwicklung der NKE, die uns die unter Ihrer Begleitung amtierende ehemalige Landesregierung vorgeschrieben hat, kann man deutlich sehen – da waren 6,5 Milliarden € das Maß aller Dinge –, wer bei Einschätzungen falsch gelegen hat.

(Christian Weisbrich [CDU]: Lass uns wetten!)

Ich darf noch einmal auf die Zeit von 2005 bis 2010 zu sprechen kommen. Die Schuldensteigerung von 106 und ein paar Milliarden auf über 130 Milliarden €, die wir hatten, als Sie den Stab abgegeben haben, ist beispiellos in der Geschichte unseres Landes, Herr Weisbrich.

Das hat nicht Rot-Grün verbochen, das hat uns Schwarz-Gelb hinterlassen. Das erschwert uns auch in Zukunft den Umgang mit den Finanzdaten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Körfges, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, diesmal von Herrn Sagel?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ja, natürlich. Ich halte die Opposition da gleich.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Danke. – Herr Körfges, würden Sie nicht nur bei einer Kiste Rotwein, die wir zusammen trinken, sondern auch am Rednerpult zugeben, dass man eine Haushaltskonsolidierung nicht durch Sparpolitik erreichen kann, wie es von vielen Fachleuten bei der Schuldenbremse-Anhörung gesagt worden ist, sondern nur durch eine wirkliche Steuereinnahmeverbesserungspolitik, die vor allem bundespolitisch gemacht werden muss?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Lieber Kollege Sagel, dazu habe ich eben etwas gesagt. Da ich jetzt nicht in den Verdacht geraten möchte, ein hoffnungsloser Trunkenbold zu sein, nehme ich die Wette nicht an. Da argumentieren wir – ich weiß nicht, ob Sie mein Manuskript vorher kannten – relativ ähnlich.

Ohne eine nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Einnahmen kann man auf Dauer nicht zu vernünftigen Haushaltseckdaten kommen. Das ist aber dann keine – da unterscheiden wir uns ganz deutlich – Ausrede dafür, dass man auf der anderen Seite ganz erheblich und ungeniert nach dem Motto vorgeht: Wenn wir irgendwann mal – nächste Welle der Weltrevolution – eine Mehrheit in Berlin haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann gleichen wir mit rabiaten Steuereinnahmen all das aus, was wir jetzt auf Kante genäht haben. So geht es nicht.

Ich glaube, das entpflichtet uns nicht von der Verantwortung, mit dem Geld, das wir im Augenblick zur Verfügung haben, ordentlich umzugehen. An der Stelle unterscheidet uns etwas voneinander, Herr Kollege Sagel.

Apropos „ordentlich mit Geld umgehen“! Ein Blick in Richtung Bund und den angeblich so tollen Finanzminister Schäuble zeigt, dass wir in NRW gar nicht so schlecht sind, wie uns die Opposition machen möchte.

Ein Blick auf die Zahlen, die schon einmal genannt worden sind, zeigt: Bei uns sind 6,8 % des Haushaltsvolumens kreditfinanziert. Im Bundeshaushalt liegen wir bei einer Quote von 8,8 %. Das alleine macht die Sache noch nicht spannend. Schauen Sie sich einmal den Personalkostenanteil im NRW-Haushalt an und dazu im Verhältnis den Personalkostenanteil auf Bundesebene. Da kann ich nur sagen: Wir in NRW können mit Geld allemal besser umgehen als die in Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass bei uns auch im Personalbereich womöglich schmerzhafteste Schnitte nicht zu vermeiden sind. Allen, die Hoffnungen oder Befürchtungen

haben, muss man deutlich sagen, dass die Möglichkeiten endlich sind. Wer von uns mehr Personaleinsparungen verlangt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der muss uns sagen, wo er es bitte haben will: Im Bildungsbereich? Oder bei der Polizei? Bei der Justiz? Im Finanzbereich? – Wo, bitte, meinen Sie, dass wir zu viel Personal in so großem Umfang beschäftigen, dass wir kurzfristig Konsolidierungserfolge in dem von Ihnen angemahnten Größenverhältnis hinbekommen?

Ich war kürzlich bei der NRW School of Governance in Duisburg und habe dort mit Wissenschaftlern diskutiert, die durchaus nicht eindeutig sozialdemokratisch orientiert waren: Die Möglichkeiten, im Personalbereich kurzfristig Konsolidierungsbeiträge zu erwirtschaften, sind relativ gering. Wenn man sich die Kollateralschäden anschaut, die Sie durch Ihre kurzfristige Personalpolitik in der letzten Wahlperiode ausgelöst haben, war das bestenfalls „rechte Tasche – linke Tasche“. Bestreiten kann nämlich auch niemand: Sie haben uns eine böse Nummer hinterlassen bezogen auf all das, was wir im Wege der Konnexität – die auf Ihre Rechnung gebucht war – zurückerstatten müssen, weil das Verfassungsgericht sozusagen posthum auf Ihre Regierungszeit bezogen gesagt hat, so gehe es nicht, das hätten Sie finanziell falsch gemacht.

Sie beklagen hier tatsächlich und allen Ernstes die Kita, aber wir müssen mit Haushaltsmitteln die Löcher stopfen, die Sie in den Kommunen gerissen haben.

Sie beklagen Personalkosten und mangelnden Sparwillen bei der gegenwärtigen Landesregierung, aber wir müssen den Kommunen das, was Sie an der Konnexität vorbeizuschmuggeln versucht haben, ersetzen.

Das ist keine seriöse Finanzpolitik. Insoweit sind Sie an der Stelle für uns nicht satisfaktionsfähig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Wir halten Wort, indem wir den Kommunen über den Stärkungspakt und die strukturellen Verbesserungen zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, und zwar so, dass es den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen extrem belastet. Das ist hart an der Belastungsgrenze.

Was machen Sie? Von Ihnen habe ich dazu heute noch gar nichts gehört. Sie versprechen eine Verdoppelung der Stärkungspaktmittel, sagen dann aber im Ausschuss in einem Nebensatz – ich habe gut aufgepasst –, dass die Steuereinnahmen so gut liefen. – Davon wollen Sie heute schon nichts mehr wissen.

Erzählen Sie doch bitte den Kommunen, denen Sie etwas versprochen haben, wie Sie das hätten bezahlen wollen. Ihre eigene Vergangenheit holt Sie ein, denn die einfache Nummer, das den Kommunen im Prinzip über das GFG wegzunehmen, läuft ganz offensichtlich nicht.

Darüber hinaus – Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen – zum Thema „globale Minderausgabe“! Schade, Kollege Weisbrich ist nicht da. Ich kann mich an die letzten Haushaltsberatungen – zum Kurzzeitgedächtnis habe ich schon etwas gesagt – gut erinnern. Seinerzeit haben Sie doch allen Ernstes mehr globale Minderausgaben in Ansatz gebracht und das sogar als Ihre Erfindung im Verhältnis zur Landesregierung darstellen wollen. Und heute werfen Sie dieser Landesregierung vor, dass sie mit dem Instrument der

globalen Minderausgabe umgeht. Das ist gelebte Schizophrenie, aber keine verlässliche Haushaltspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir helfen den Kommunen mit mehr als 700 Millionen € zusätzlich. Wir begradigen Ihre Fehler bei der Konnexität, schaffen den Einstieg in gebührenfreie Bildung, fördern den Ganzttag und investieren massiv in Kinderbetreuung. Wir steigern mit diesem Haushalt die Investitionen um knapp 300 Millionen €. Gleichzeitig wird die Nettoneuverschuldung im Verhältnis zum letzten Etat um mehr als 800 Millionen € gesenkt.

Sie haben sicherlich Ihre Rolle als Opposition hier zu spielen. Das ist eine schwierige Rolle, weil es die Regierung anerkanntermaßen besser macht, als Ihnen als Opposition das lieb sein kann. Wir erwarten von Ihnen auch gar keinen Applaus. Das wäre vom Rollenverständnis her auch wenig zumutbar.

Aber eins erwarte ich schon von Ihnen: Schließen Sie sich mit uns zusammen! Erteilen Sie diesen aberwitzigen Steuersenkungsplänen in Berlin eine Absage!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Kämpfen Sie mit uns gemeinsam für eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen durch einen Einstieg in eine höhere Beteiligung an Sozillasten! Denn schließlich wollen wir alle gemeinsam doch eins: ein zukunftsfähiges Land Nordrhein-Westfalen mit funktionierenden, gut aufgestellten Kommunen und guter Bildung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)